

Dem Klimawandel begegnen

Energie als Teil der sozialökologischen Transformation

Simone Claar

»Saubere und bezahlbare Energie für alle« verspricht das Nachhaltigkeitsziel 7 der Vereinten Nationen (UN), das 2030 erreicht werden soll. Doch die Staatengemeinschaft ist immer noch weit davon entfernt, allen Menschen einen Zugang zu Energie zu gewährleisten. Die Energieversorgung ist mit sehr großer sozialer Ungleichheit verbunden. Auch nach 2015, als die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) festgelegt wurden, blieb die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Energie weiterhin hoch: Allein auf dem afrikanischen Kontinent haben über 600 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom (AFDB 2022a).

Die Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung sollen eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, die die Bedürfnisse der Natur berücksichtigt (siehe Freistein in diesem Band). Die SDG adressieren also zugleich ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen. Ziel 7 sieht erneuerbare Energiequellen wie Wind- und Wasserkraft und Solarenergie als wirksame Lösungen an, um den weltweiten Bedarf an Energie zu decken (Destatis o.J.). Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch den Klimawandel betrachten nicht nur die UN die Mobilisierung von Finanzmitteln für erneuerbare Energien als wichtigen Katalysator für die Verwirklichung des Ziels für nachhaltige Entwicklung. Allerdings reichen die öffentlichen und privaten finanziellen Ressourcen und Investitionen laut einem sogenannten SDG-Fortschrittsbericht nicht aus (IEA et al. 2022: 18). Die multiplen politischen, gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Krisen der letzten Jahrzehnte haben die dauerhafte Energieknappheit insbesondere im Globalen Süden noch verstärkt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Debatte um die Energieversorgung seit 2022 noch einmal verändert, da insbesondere Europa mit einer massiven Verteuerung von Energie sowie mit Zugangsschwierigkeiten konfrontiert ist. Um das unmittelbare Problem zu lösen, Ersatz für Erdgas

und Erdöl aus Russland zu finden, suchen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten neue Lieferant:innen für diese Rohstoffe – meist im arabischen oder afrikanischen Raum, beispielsweise im Senegal (tagesschau.de 2022). Auch der Export südafrikanischer Kohle nach Europa ist massiv gestiegen (Banya 2022). Wenn weiter auf fossile Brennstoffe gesetzt wird, steht also zunächst die Energiesicherheit Europas im Vordergrund, nicht jedoch die Problematik der bevorstehenden Klimakatastrophe.

Zur europäischen Strategie, die 2019 im European Green Deal verankert wurde (siehe etwa Claar 2022), gehört die Gewinnung von sogenanntem grünem Wasserstoff. Dazu wird außerhalb Europas, etwa in Marokko, nach Möglichkeiten zur Gewinnung von Wasserstoff mittels anderer Energiequellen gesucht. Dabei gibt es allerdings eine ganze Reihe offener Fragen. Erstens ist unklar, ob Marokko tatsächlich in der Lage sein wird, genügend klimaneutrale Energie zur Gewinnung von Wasserstoff herzustellen. Zweitens besteht die Gefahr, dass sich die Energiearmut in Marokko selbst noch verstärkt, wenn die Energieversorgung der einheimischen Bevölkerung gegen lukrative Wasserstoffexporte abgewogen werden muss. Drittens wird zur Herstellung von Wasserstoff Trinkwasser benötigt – und dieses ist in Marokko bereits jetzt kaum ausreichend vorhanden und wird infolge der Klimaerwärmung noch knapper werden (Baumann 2021). Es ist also möglich, dass die Energiewende in Europa zu einer neuen Periode der Abhängigkeit des Globalen Südens von Rohstoffexporten führt. Diese hat für die dortigen Bevölkerungen vor allem negative Folgen (siehe Thyen und Warnecke-Berger in diesem Band).

Die Ungleichverteilung und Unterversorgung mit Energie, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die Abhängigkeit des Globalen Südens gerade von fossilen Energieträgern haben sich seit der New International Economic Order (NIEO) (siehe UN 1974) nicht grundlegend geändert. Die Klimakrise verschärft all dies noch einmal. Alternative Energieträger wie Solar- und Windenergie wurden zwar in den letzten Jahren deutlich häufiger, sind aber bei Weitem nicht ausreichend, um Länder des Globalen Südens unabhängig von Öl- und Gasvorkommen zu machen oder gar im Sinne der SDG »saubere und bezahlbare Energie für alle« (UN o.J.) bereitzustellen.

Dabei hatte sich bereits die »Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen« unter Vorsitz des damaligen westdeutschen Bundeskanzlers Willy Brandt im Zuge der Debatten um die NIEO 1977 intensiv mit globalen Energieproblemen auseinandergesetzt (Brandt/Bortfeldt 1980; siehe auch Veit/Fuchs in diesem Band). Die Brandt-Kommission stellte schon damals fest, dass es neuer Technologien und Energieträger bedürfe und dis-

kutierte verschiedene Möglichkeiten, diese zu entwickeln. Dass sich dennoch seitdem strukturell wenig verändert hat, weist auf das Fortbestehen und die Zunahme globaler Ungleichheiten hin. Es zeigt gleichzeitig die fortbestehende ökonomische und politische Abhängigkeit des Globalen Südens von den Industrienationen, die überwiegend auf externe Faktoren zurückzuführen ist. Energie ist dabei nur ein Punkt, an dem sich diese fortgesetzte Abhängigkeit afrikanischer und anderer Staaten des Globalen Südens manifestiert.

Mein Beitrag befasst sich mit der Aktualität der NIEO und der Vorschläge der Brandt-Kommission im Bereich Klima und Energie. Er geht hierfür auf die globalen politischen und ökonomischen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten ein, vorwiegend in Bezug auf afrikanische Staaten. Ich weise zunächst auf Lücken der NIEO und der Brandt-Kommission im Bereich Energie- und Klimapolitik hin. Anschließend konstatiere ich eine Fortschreibung von Abhängigkeitsverhältnissen im Nord-Süd-Verhältnis und argumentiere, dass sich diese als Energieimperialismus und Grüner Kolonialismus beschreiben lassen. Der Beitrag illustriert dies anhand des Zugangs zu Finanzmitteln, auch zur Bekämpfung des Klimawandels. Darauf aufbauend diskutiere ich, inwieweit eine neue New International Economic Order (NIEO²) ein Mittel zur Umsetzung einer sozialökologischen Transformation sein kann.

Theoretisch orientiert sich mein Beitrag an der Globalen Ökologischen Politischen Ökonomie, die theoretische Ansätze zu Abhängigkeit, Imperialismus und Kolonialismus mit Fragen der Ökologie verknüpft. Die ursprüngliche Dependenztheorie (siehe u.a. Frank 1968; Amin 1975) geht davon aus, dass die Unterentwicklung der Länder des Globalen Südens auf die Dominanz und Ausbeutung durch Länder des Globalen Nordens zurückzuführen ist. Diese Ausbeutung erfolgt demnach durch die Kontrolle der natürlichen Ressourcen, des internationalen Handels sowie von Technologie und Wissen (siehe Interview mit Otieno Sumba und Fuchs in diesem Band). Eng damit verknüpft sind marxistische Imperialismustheorien: So argumentiert etwa Lenin (1917), der Imperialismus führe zu einer Konzentration von Kapital und Macht in den Händen weniger reicher Nationen. Diese profitierten von der Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften in den unterentwickelten Ländern. Laut Lenin verfolgten imperialistische Staaten die Strategie, durch die Expansion in andere Länder, die Erschließung neuer Märkte und den Zugang zu Rohstoffen und billigen Arbeitskräften ihre Profite zu maximieren.

Sowohl die Dependenztheorie als auch die vorher entwickelten marxistischen Imperialismustheorien gehen davon aus, dass die reichen Länder des Globalen Nordens durch ihre ökonomische und politische Dominanz in der

Lage sind, die armen Länder des Globalen Südens auszubeuten und zu unterdrücken. In der Kolonialzeit geschah dies durch direkte Kontrolle, in der postkolonialen Ära durch eine indirekte Kontrolle, die auf fortwirkenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten basiert. In diesem Spannungsfeld sind die Vorschläge der NIEO von 1974 zu verorten. Diesen ging es darum, die erwähnten Abhängigkeiten und Ungleichheit zu benennen.

Die Globale Ökologische Politische Ökonomie ist eine Erweiterung der Internationalen Politische Ökonomie um die Analysekatégorien der politischen Ökologie, also um die Aspekte (erneuerbare) Energie, Nachhaltigkeit und Klima (van de Graaf et al. 2016; Kuzemko et al. 2018; Katz-Rosene/Paterson 2018) sowie deren Anwendung auf die Gegenwart des potenziellen ökologischen Kollapses. Der Ansatz geht davon aus, dass Politikfelder wie Finanzen, Handel oder Produktion als ökologische Phänomene gefasst werden müssen (Katz-Rosene/Paterson 2018: 34). Vertreter:innen dieser Forschungsrichtung verdeutlichen, wie ökologische Aspekte im globalen Kapitalismus mit Imperialismus verwoben sind (ebd.: 71).

Ein Blick zurück und in die Gegenwart: Die Rolle der Energie für Wirtschaft und Entwicklung

Die Brandt-Kommission analysierte von 1977 bis 1980 die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Globalem Süden und Globalem Norden (siehe Veit/Fuchs in diesem Band). Dabei stellte sie für alle Bereiche sehr deutlich eine »Ungleichheit der Wirtschaftskraft« (Brandt/Bortfeldt 1980: 43) fest. Die »wirtschaftliche Macht«, inklusive der »Gesetze und Regeln und seine internationalen Institutionen für Handel, Währung und Kapital« (ebd.) lägen in den Händen der nördlichen Länder. Dazu gehöre auch, dass »internationale Bergwerksgesellschaften [...] das Kapital, das technische Wissen und die Absatzeinrichtungen zur Verfügung« stellten (ebd.: 195) und so den Abbau von Rohstoffen kontrollierten. Diese von der Kommission beschriebenen Machtverhältnisse wurden in den letzten Dekaden fortgeschrieben – trotz des Aufstiegs von Schwellenländern wie China (siehe Simon in diesem Band).

Im UN-Aktionsprogramm für eine NIEO (UN 1974) wurde das Thema Energie nur indirekt über die Frage der Souveränität über natürliche Ressourcen thematisiert. In der Brandt-Kommission spielte es hingegen eine zentrale Rolle. Das Energiekapitel im Kommissionsbericht (Brandt/Bortfeldt 1980: 201–215) befasst sich vor allem mit der perspektivisch notwendigen

Abwendung vom Erdöl sowie mit der Entwicklung alternativer Energieträger. Unter dem Eindruck der Ölkrise der 1970er Jahre fokussierte der Bericht die Öl-Abhängigkeit der Importländer ohne eigene Ölvorkommen (insbesondere der Entwicklungsländer). Er befürchtete dauerhafte hohe Kosten sowie einen zu geringen Spielraum für die Entwicklung alternativer Energiequellen. Aus heutiger Sicht dachte die Kommission damals vorausschauend. Allerdings versäumte sie es, die Energiefrage mit den Aspekten Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimafolgen zu verknüpfen.

In ihren Vorschlägen zielte die Brandt-Kommission darauf ab, – ebenso wie heute das SDG 7 – den Zugang zu Energie zu sichern und zu erweitern. Sie beurteilte die Rolle von Öl (und Gas) zwar kritisch, schätzte den Rohstoff aber auch als schwer vermeidbar ein, da Öl nicht nur reichlich vorhanden war, sondern im Vergleich zu anderen Energieträgern den Vorteil hat, für viele Formen der Energiegewinnung nutzbar zu sein (ebd.: 208). Unter anderem schlug die Kommission vor, die globalen Ölvorkommen zu bemessen, um dann »faire und dauerhafte Verträge« (ebd.: 198) über deren Vermarktung mit Unternehmen abzuschließen. Solche weitreichenden internationalen Vereinbarungen kamen jedoch nie zustande, zumal in der Zwischenzeit neue Explorationen und die Entwicklung tieferreichender Bohrtechniken die Menge des verfügbaren Erdöls immer wieder erhöhten. Die jüngste Geschichte zeigt, dass neue Ölvorkommen fast immer so lange ausgebeutet werden, wie Staaten oder Ölkonzerne daraus Gewinne erwirtschaften können.

Auch wenn die Brandt-Kommission die Energiefrage aufgriff, fehlte in ihrem Bericht eine Verknüpfung zwischen Preisentwicklung, Vermarktung und Verregelung einerseits und der Ausbeutung der Natur und der Klimafrage andererseits. Klima- und Umweltpolitik spielten zu diesem Zeitpunkt noch nicht dieselbe Rolle wie heute, obgleich sie in den Diskussionen um die NIEO schon indirekt angesprochen wurden. Willy Brandt machte in der Einleitung des Berichts grundsätzliche Bezüge deutlich, etwa indem er auf »ein neues Empfinden« hinwies »für die Umweltbedrohungen und ökologischen Gefahren, denen unser Planet ausgesetzt ist« (ebd.: 27) und die zugleich eine große Herausforderung in den Süd-Nord-Beziehungen seien (ebd.: 11). Aus meiner Sicht ist die Ausbeutung der Natur nicht nur eine Frage des Empfindens, sondern ein Kernproblem für den gesamten Planeten.

Aus heutiger Sicht weisen also sowohl die NIEO als auch die Brandt-Kommission gewichtige blinde Flecken auf dem Feld der Energie- und Klimapolitik auf. Diese zeigen sich insbesondere in der Zusammenfassung des Kommissionsberichts, die Kohle als mögliche alternative Energiequelle benennt (ebd.:

348). Aus heutiger Perspektive kann ein fossiler Energieträger keine Alternative für einen anderen sein. Es ist nicht sinnvoll, von »sauberer Kohle« zu sprechen, wie es etwa der staatliche südafrikanische Stromkonzern Eskom noch bis vor Kurzem tat (Centre for Environmental Rights 2018) oder in Deutschland von Erdgas als »sauberer Brückentechnologie« (LobbyControl 2023: 6).

Eine weitere Möglichkeit, unabhängig von Erdöl Energie zu erzeugen, sah die Brandt-Kommission in der Wasserkraft. Allerdings ging sie auch hier nicht auf die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen etwa des Baus von Staudämmen ein. Denn große Wasserkraftanlagen benötig(t)en Umsiedlungen und nehmen an anderer Stelle Menschen den Zugang zu Wasser. Heutzutage werden solche Großanlagen aufgrund ihrer Folgen für Natur und lokale Bevölkerungen häufig kritisch diskutiert. Dennoch werden weiter entsprechende neue Anlagen errichtet, etwa in Ghana (Hausermann 2018) oder Äthiopien (Dieterich 2022). Sie können aber dem Klimawandel nicht trotzen, wie die Zunahme von Dürren und Trockenheit in den letzten Jahren zeigte. So konnte beispielsweise an der Kariba-Talsperre in Sambia 2015/2016 kaum Strom erzeugt werden, weil der Wasserstand aufgrund der Trockenheit zu niedrig war (Claar 2018). Die Problematik besteht weiterhin. Sambia bezieht mehr als 86 Prozent seiner Energie aus Wasserkraft (Ncube 2023).

Die Solarenergie war zur Zeit der Brandt-Kommission technologisch noch nicht ausreichend entwickelt, besaß aber schon damals das Potenzial, ein zentraler alternativer Energieträger zu werden (siehe Brandt/Bortfeldt 1980: 210). Hierzu griff die Kommission einen wichtigen, wenngleich häufig nur wenig beachteten Punkt der ursprünglichen NIEO-Ideen auf: den Technologietransfer von Nord nach Süd (UN 1974: 8). Die Kommission schrieb in ihrem Bericht:

»Wir meinen, daß angesichts des allseitigen Interesses an einer gesicherten, weltweiten Energieversorgung vieles dafür spricht, die Forschungsergebnisse, die der Norden auf dem Gebiet der Sonnenenergie erzielt hat, unter besonders günstigen Bedingungen den ärmeren Ländern zugänglich zu machen.« (Brandt/Bortfeldt 1980: 210)

Auch über die Solarenergie hinaus forderte die Kommission einen Technologietransfer von den Industrieländern zu den Entwicklungsländern. Dieser sollte eine nachhaltige Entwicklung fördern und Umweltschäden verringern. Dies sah das Gremium als entscheidend an, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, umweltverschmutzende Technologien hinter sich zu lassen

und sauberere und nachhaltigere Formen der Entwicklung zu übernehmen (ebd.: 251).

Insgesamt versuchte die Brandt-Kommission mit ihren Vorschlägen, einen im Vergleich zu den in der Weltgemeinschaft stark umstrittenen NIEO-Vorschlägen abgeschwächten Konsens herzustellen. Jedoch hätten auch diese Vorschläge im Fall ihrer tatsächlichen Umsetzung vermutlich kaum grundlegende strukturelle Veränderungen für Länder des Globalen Südens bedeutet. Im Bericht fehlten konkrete Strategien zur Einbindung von Kapitalinteressen. Im Kontext der gegenwärtigen Klimakatastrophe wurde deren Bedeutung noch deutlicher. Das Kapital hat kein Interesse daran, eingeschränkt zu werden. Daher können im bestehenden Wirtschaftssystem viele gut gemeinte Vorschläge nicht oder kaum wirken. Gerade fossiles Kapital ist global stark vernetzt. Weder die Macht des Globalen Südens, noch die seiner Unterstützer:innen im Globalen Norden (wie Willy Brandt) reichte aus für grundsätzliche, radikale Reformen. Diese Problematik ungleicher Machtverhältnisse ist in der Energiepolitik weiterhin erkennbar.

Energieimperialismus und grüner Kolonialismus

Dabei haben die Themen Umwelt und Klima in den letzten Dekaden in der internationalen Politik durchaus eine Rolle gespielt. Es gab viele verschiedene Initiativen, auch unter dem Dach der UN, beispielsweise das 1992 verabschiedete Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen, das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll oder das Pariser Klimaabkommen und die SDG von 2015. Doch diese Initiativen greifen für eine Verhinderung der Klimakatastrophe zu kurz, da sie nicht tiefgreifend genug sind. Sie verhindern neue Formen der einseitigen Abhängigkeit und Ausbeutung nicht.

In der Energie- und Klimapolitik geht es vor allem darum, den Zugang zu Energiequellen zu sichern. Der Export fossiler Energieträger war ein Ausdruck von imperialistischem Verhalten und Machtverhältnissen, der dazu führte, dass die Energiearmut in Staaten des Globalen Südens fortbesteht. Industrienationen nutzen ihre Machtposition in der bestehenden Weltwirtschaftsordnung, um zuvorderst ihre eigenen Energiebedarfe abzusichern. Dabei setzten sie in der Vergangenheit fast ausschließlich auf fossile Brennstoffe wie Gas oder Kohle – und zwar durch Importe aus Staaten, die ihre eigene Energieproduktion nicht gesichert hatten. Das setzt sich bei den erneuerbaren Energien und beim grünen Wasserstoff fort. Diese

politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strategien von Industriestaaten werden auch als *Energieimperialismus* beschrieben. Grundsätzlich sind Industriestaaten bestrebt, ihren Zugang zu Erdöl, Gas, Kohle oder anderen Energieressourcen in Ländern mit geringerer Macht zu kontrollieren. Die Folgen müssen vor allem die schwächsten Glieder in der globalen Machthierarchie tragen, nämlich die lokalen Bevölkerungen im Globalen Süden, wie das Beispiel der Ölförderung in Nigeria mit seiner großflächigen Naturzerstörung seit Langem zeigt (Kappel 2010).

Die gegenwärtige Klimapolitik läuft Gefahr, solche Muster zu reproduzieren. 2019 beschloss die Europäische Union (EU) den European Green Deal (Europäische Kommission 2019), der nachhaltige und ökologische Rahmenbedingungen im EU-Wirtschaftsraum ermöglichen soll. Zugleich soll er Kerninstrumente für die Bekämpfung der Klimakrise festlegen. Dazu gehört unter anderem eine Strategie für grünen Wasserstoff (ebd.), dessen Produktion wie eingangs erwähnt u.a. in Marokko geplant ist (siehe auch Claar 2022). In der Diskussion steht jedoch nicht die Energiewende in Marokko oder in anderen, potenziell wasserstoffproduzierenden Ländern des Globalen Südens im Vordergrund. Stattdessen geht es im Kern um den Export grünen Wasserstoffs nach Europa. In diesem Zusammenhang kann man daher nicht nur von Energieimperialismus sprechen, sondern außerdem von *grünem Kolonialismus* (Claar 2021, 2022). Hamouchene (2022) beschreibt diesen als »eine Verlagerung sozioökologischer Kosten in das grüne Zeitalter bzw. die Epoche der erneuerbaren Energien«. Die EU-Strategie räumt dem Energiebedarf und -verbrauch des Globalen Nordens Priorität gegenüber den Bedürfnissen im Globalen Süden ein, während sie die Umweltauswirkungen in den Globalen Süden externalisiert.

Zugang zu Finanzmitteln

Die strukturellen Machtungleichheiten zwischen Globalem Süden und Globalem Norden spiegeln sich im Zugang zu Finanzmitteln wider. Bereits Anfang der 1980er Jahre stellte die Brandt-Kommission fest, dass in der Entwicklungsfinanzierung vor allem finanzielle Mittel fehlen, so auch im Energiebereich (Brandt/Bortfeldt 1980: 290). Sie forderte einen »massiven« Transfer von Nord nach Süd sowie Veränderungen der Form der Entwicklungsfinanzierung, etwa eine kontinuierliche Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder eine Verbesserung der Kreditgewährungen (ebd.: 318–320).

Noch heute haben Länder und Unternehmen im Globalen Süden nicht den gleichen Zugang zum Finanzmarkt wie vergleichbare Akteur:innen im Globalen Norden. Das Problem verschärft sich angesichts der stetig steigenden Bedeutung des Finanzmarktes auch für andere gesellschaftliche Bereiche, die der Begriff Finanzialisierung beschreibt. Bezugnehmend auf imperialistische Beziehungen argumentiert Jeff Powell (2013: 144) in diesem Zusammenhang: »peripheral economies will experience the tendencies of financialisation, but in a distinctive form which has been shaped by imperial relations in the current world market conjuncture.« Der Begriff *subordinate financialisation* hat sich seit-her im wissenschaftlichen Diskurs etabliert (siehe Bonizzi 2013; Kvangranven et al. 2020).

Afrikanische Staaten, Staatsbetriebe und private Unternehmen im Energiesektor sind abhängig vom globalen Markt sowie von Wechselkursen und Auslandsdirektinvestitionen. Für ihre Investitionen benötigen sie Kredite, die sie in US-Dollar oder Euro erhalten. Schwankungen der Wechselkurse zu den jeweiligen nationalen Währungen stufen Ratingagenturen wie Moody's als Investitionsrisiko ein. Daher verlangen internationale Geldgeber:innen einen Risikozuschlag in Form höherer Zinsen für Kredite (Mutize/Nkhalamba 2021; Chirikure et al. 2022). Nachhaltige und sozialökologische Transformationsprojekte (etwa für erneuerbare Energien) werden ebenfalls als ein größeres Investitionsrisiko angesehen, da ihre Umsetzung viel Kapital erfordert (Schwerhoff/Sy 2017: 397–398). Zudem haben nationale Unternehmen im Globalen Süden häufig einen Wettbewerbsnachteil: Sie müssen höhere Kreditzinsen zahlen als ihre Konkurrenz aus dem Globalen Norden. Dadurch haben sie höhere Kosten und erhalten bei internationalen Ausschreibungen – zum Beispiel bei Infrastrukturprojekten für erneuerbare Energien – nicht den Zuschlag. Elsner et al. (2021) beschreiben einen solchen Fall in Sambia, wo die Weltbank ein Photovoltaik-Projekt ausschrieb, das dann an internationale Unternehmen aus dem Globalen Norden ging.

Durch die Zunahme marktbasierter Finanzierungen werden Abhängigkeiten fortgeschrieben und der Handlungsspielraum afrikanischer Staaten verringert (Banse 2019: 87). Dies verdeutlicht etwa die Finanzkooperation »Just Energy Transition Partnership« (JETP) zwischen Südafrika und verschiedenen Staaten des Globalen Nordens, unter anderem den USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und der Europäischen Union. Kern sind Kredite in Höhe von 8,5 Milliarden US-Dollar für die Umstellung der südafrikanischen Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Die Kooperationspartner:innen sehen JETP als Innovation für einen gerechten Übergang (*just transition*)

zu erneuerbaren Energien an. Allerdings schafft das Kreditmodell auch neue Abhängigkeiten Südafrikas von den Kreditgeber:innen. Die Schulden des Landes können sich durch Wechselkursschwankungen schlagartig erhöhen. JETP ist daher von grünem Kolonialismus geprägt (Global Energy Justice Workshop Collective 2023). Dennoch sind die Staaten des Globalen Nordens dabei, ähnliche Kooperationsmodelle zu verhandeln, beispielsweise mit Vietnam. Die neue Schuldenkrise im Globalen Süden, also etwa die Zahlungsunfähigkeit gegenüber internationalen Gläubiger:innen wie 2020 in Sambia oder 2022 in Ghana (Banse 2023), wird sich dadurch vermutlich noch verschärfen. Der Begriff *just transition* kommt aus der Gewerkschaftsbewegung. Er beschreibt einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern, bei dem neue klima- und umweltfreundliche Arbeitsplätze entstehen. Das Konzept wurde in die internationale politische Debatte um die Bekämpfung des Klimawandels eingebracht (Achouche/Mokoena 2021) und findet in vielen wissenschaftlichen Diskursen Aufmerksamkeit (u.a. im Bereich der Energie, siehe Müller/Claar 2021, Müller et al. 2019, Jenkins 2019),

Entwicklungsländer fordern Handlungsspielräume ein, unter anderem ihr Recht auf eigene Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum, um Armut und Ungleichheit bekämpfen zu können. Auch das Bedürfnis nach eigenen Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen in der Klima- und Energiepolitik ist vorhanden. Doch es gibt Zielkonflikte. Mit Blick auf die nationale Ökonomie und Finanzierungen bedeutet dies häufig eine Entscheidung zwischen der ökonomischen Entwicklung des Landes einerseits und der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Gestaltung einer *just transition* andererseits (Interview mit einem Beschäftigten im Staatsdienst, Accra, 23.5.2022). Dem gegenüber steht die Notwendigkeit, die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen (siehe auch Neumann/Claar 2022). In der Debatte um den »African Economic Outlook«, der einmal im Jahr die ökonomische Entwicklung der afrikanischen Staaten in den Blick nimmt und der 2022 den Schwerpunkt »Supporting Climate Resilience and a Just Energy Transition in Africa« hatte (AFDB 2022b), zeigt sich dieser Zielkonflikt sehr deutlich: Viele Staaten im Globalen Süden besitzen nicht einmal ausreichende materielle Ressourcen, um Kernaufgaben wie die Beseitigung von Armut umzusetzen. Die Forderung nach dem gleichen Recht auf eine eigene Entwicklung wie Länder des Globalen Nordens sowie die Frage, weshalb der Globale Süden primär die Klimafolgen finanzieren soll, sind in der globalen Debatte um die Klimafolgenbekämpfung dauerhaft präsent.

Die Folgen des Klimawandels, wie zum Beispiel extreme Wetterbedingungen und steigende Meeresspiegel, gehören zu den größten Herausforderungen, denen Staaten des Globalen Südens gegenüberstehen. Aus globaler Perspektive lässt sich der genannte Zielkonflikt durch eine Implementierung der Klimafolgenbekämpfung in die Entwicklungsstrategien und -pläne von Ländern des Globalen Südens abmildern. Dazu gehörte etwa die Förderung von Investitionen in klimaresiliente Infrastruktur, in erneuerbare Energien oder in umweltfreundliche Technologien. Hierfür ist, wie schon die Brandt-Kommission (Brandt/Bortfeldt 1980: 243–249) feststellte, eine Förderung des technologischen Austauschs sowie eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Globalen Südens und des Nordens sowie ein Ausbau der finanziellen Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Bewältigung der Klimawandelfolgen erforderlich.

Zusammenfassend betrachtet sind Energieimperialismus und grüner Kolonialismus Fortschreibungen der bestehenden Machtverhältnisse. Die Überwindung der starken strukturellen Benachteiligung von Ländern des Globalen Südens beim Zugang zu Finanzmitteln wäre eine Strategie, diese Machtverhältnisse zu verändern. In der Praxis bedeutet dies, dass sich etwa eine NIEO² intensiver mit dem Energie-Klima-Umwelt-Nexus in den Nord-Süd-Verhältnissen auseinandersetzen muss. In der damaligen Analyse der Brandt-Kommission (Brandt/Bortfeldt 1980) spielte die Klima- und Umweltpolitik nur eine begrenzte Rolle, auch wenn dieser Nexus in der Debatte um die NIEO bereits diskutiert wurde.

NIEO² – Bestandteil einer sozialökologischen Transformation?

Es wird deutlich, wie stark die Klima- und Energiefrage mit grundsätzlichen Fragen der ökonomischen und politischen Struktur verwoben ist. Dies betonen auch Ryan Katz-Rosene und Matthew Paterson (2018). Eine NIEO² muss sich daher dieser Thematik annehmen. Ausgehend von der Annahme, dass vorerst kein grundlegender Systemwandel stattfinden wird, bedarf es Strategien, wie eine NIEO² den Weg zu einer sozialökologischen Transformation ebnen kann. Eine sozialökologische Transformation kann als Antwort auf multiple Krisen angesehen werden (Brand/Wissen 2017). Dabei steht vor allem eine klimabewusste gesellschaftliche Gestaltung im Zentrum. Gemeint ist die Vision eines gesellschaftspolitischen Projektes einer grundlegenden Veränderung von Gesellschaft und Wirtschaft, bei der soziale und ökologische Fragen

nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine solche sozialökologische Transformation muss Fragen sozialer Gerechtigkeit, historische Abhängigkeiten sowie Machtstrukturen im Blick behalten und den neoliberalen Kapitalismus infrage stellen.

Die Aufgabe einer NIEO² wäre es, den Prozess einer solchen Transformation zu begleiten und thematische Schwerpunkte bei der Klima- und Energiepolitik zu setzen. Dabei müsste sie Vorschläge zur Förderung nachhaltiger Entwicklung sowie zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels enthalten.

Einige konkrete Maßnahmen könnten dabei an die Vorschläge der damaligen NIEO anknüpfen – zum Beispiel ein stärkerer Technologietransfer, um die Implementierung kohlenstoffarmer Technologien zu unterstützen. Nach Brand et al. (2013) braucht eine sozialökologische Transformation neben technologischer Innovation auch eine soziale Innovation. Das bedeutet, dass gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse und Praktiken von Institutionen und Akteur:innen verändert werden müssen. Eine dieser Praktiken ist die Finanzierung von Maßnahmen für die Klimaanpassung sowie die Bekämpfung des Klimawandels. Das bedeutet, nicht nur auf den Finanz- und Kapitalmarkt zu setzen, sondern neue Finanzierungsformen zu finden. Bei der UN-Klimakonferenz 2022 in Scharm-El-Scheich stellte Mia Mottley, die Premierministerin von Barbados, die berechtigte Frage: »Wie können Unternehmen in den vergangenen drei Monaten 200 Milliarden Dollar Gewinn machen und nicht erwarten, dass sie mindestens zehn Cent von jedem Dollar Gewinn in einen Fonds für Verluste und Schäden einzahlen?« (zitiert nach Mihatsch 2022). Mottley verweist darauf, dass Unternehmen die Natur als kostenlose Ressource für ihre Profitmaximierung nutzen. Was sie anregt, wäre eine deutlichere Beteiligung dieser Unternehmen an den Klimafolgekosten (siehe auch Foster 2000, Harris 2013).

Zu einer Veränderung der globalen Praktiken würde gehören, über das Nord-Süd-Verhältnis und das Aufbrechen kolonialer Kontinuitäten – etwa in Form des grünen Kolonialismus (Claar 2022, Hamouchene 2022) – zu sprechen und gemeinsam einen gerechten Übergang (*just transition*) zu einer sozialökologischen Gesellschaft zu schaffen.

Eine NIEO² müsste unter anderem eine gerechte und soziale Gestaltung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft enthalten. Nicht überall gibt es soziale Sicherungssysteme, die die Ängste um einen Jobverlust auffangen können – wie beispielsweise bei Kohlearbeiter:innen im südafrikanischen Mpumalanga. Daher gehen mit einer solchen Transformation immer

auch Zielkonflikte – wie die Sicherung von Arbeitsplätzen versus Klimaanpassung – einher (Kalt 2023). Als Teil einer sozialökologischen Transformation innerhalb des bestehenden Weltwirtschaftssystems wären die folgenden Aspekte Teil einer radikalen Reform und zugleich einer transnationalen Regulierung etwa im Rahmen der Klima- und Energiepolitik einer NIEO²:

Gefordert ist erstens eine umfassende Erarbeitung und Transformation von Wirtschafts- und Entwicklungsmodellen, die nachhaltige, soziale, klimaresiliente und emissionsarme Entwicklung fördert. Dabei gilt es, das Prinzip Wachstum aufzubrechen: Wirtschaftliches Wachstum muss stets die Folgekosten für Natur und Mensch berücksichtigen. Ein möglicher Weg sind Konzepte wie Postwachstum oder *degrowth*, um die in den letzten Jahren ein neues wissenschaftliches Feld entstanden ist (siehe Pichler in diesem Band). Diese Konzepte kritisieren die Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum und suchen nach Visionen für eine andere Gesellschaft, die anstelle von Überproduktion und Konsum das ökologische und soziale Wohlergehen in den Vordergrund stellt. Dazu gehört die Schonung von Ressourcen, was auch die Energiegewinnung mit einschließt. Es geht um eine Wirtschaftsweise, die das menschliche Wohlbefinden, die Verringerung von Ungleichheit sowie den Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt rückt (Rathi 2020). Da das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr im Zentrum steht, kann dies auch ein verringertes Wachstum zum Effekt haben (Hickel 2021: 2). Das Besondere dabei ist, dass die Debatte nicht nur eine wissenschaftliche Auseinandersetzung ist, sondern auch eine gesellschaftliche Debatte, die in Verbindung mit sozialen Bewegungen und politischer Praxis auf großen wissenschaftlichen *Degrowth*-Konferenzen geführt wird (Schmelzer/Vetter 2019: 12). Die theoretische Debatte über Postwachstum findet bislang vor allem im Globalen Norden statt. Um größere Wirksamkeit zu entfalten, muss sie sich stärker mit postkolonialen Perspektiven befassen (siehe Pichler und Brand/Lang in diesem Band).

Zweitens braucht es eine Veränderung der Denkweise und der Politikgestaltung, insbesondere in Bezug auf den Umgang mit knappen Ressourcen sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Dazu muss hinterfragt werden, ob bei der Eindämmung des Klimawandels Profit erwirtschaftet werden muss. Gleichzeitig bedarf es einer verbindlicheren Geber:innenverantwortung, wie etwa die Zahlung von Entwicklungshilfe in Höhe von 1 Prozent des BIP durch Länder des Globalen Nordens (Franczak 2023). Dazu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Privatsektor, Zivilgesellschaft, Bevölkerung und internationalen Organisationen unerlässlich. Be-

zogen auf Letztere fordert Ernesto Samper Pizano (2023) ein »solidarity-based development model«, das Staaten des Globalen Südens vor allem in den Vereinten Nationen besser repräsentiert. Zudem muss die Frage materieller Reparationen gestellt werden, da die Bekämpfung des Klimawandels die Schuldenspirale weiter antreibt, wie bei JETP deutlich wird. Soziale Bewegungen wie »Debt for Climate« verfolgen die Bezahlung von Klimaschulden. Grundsätzlich muss die Klima- und Energiefinanzierung von der Markt- und Banklogik getrennt werden, damit die Natur und der Planet unabhängig von Profitzielen geschützt werden können.

Drittens ist eine Energiegewinnung erforderlich, die sich auf den Erhalt des Planeten fokussiert. Die alte Forderung der Brandt-Kommission nach einem »systematische[n] Abbau der hohen Abhängigkeit von zunehmend knapper werdenden, nicht erneuerbaren Energiequellen« (Brandt/Bortfeldt 1980: 215) muss umgesetzt werden. Das bedeutet: Keine Energie mehr aus fossilen Energieträgern und stattdessen mehr Solar- und Windenergie auf Basis der heutigen technologischen Möglichkeiten. Auch grüner Wasserstoff kann als alternativer Energieträger angesehen werden, wenn er nicht – wie die fossilen Energieträger – aus Entwicklungsländern exportiert wird, deren eigene Energieversorgung nicht gesichert ist (Claar 2022).

Viertens muss Energiegerechtigkeit sichergestellt werden. Eine Veränderung des Energiemixes allein stellt noch nicht sicher, dass alle Menschen einen Zugang zu bezahlbarer und nachhaltiger Energie haben. Es geht nicht nur um einen niedrigschwelligen Zugang zu Energie, sondern auch darum, dass viele Menschen die negativen Auswirkungen fossiler Energieträger auf ihre Lebensgrundlage spüren, selbst wenn sie keinen Zugang zu Energie haben (siehe u. a. Müller/Claar 2021; Müller et al. 2019). Energiedemokratie ist eine Säule der Energiegerechtigkeit. Das bedeutet nicht nur, Menschen an Entscheidungen über neue Energieformen zu beteiligen, sondern auch deren Teilhabe als Konsument:innen und Eigentümer:innen (Jenkins 2019: 84–85). Außerdem bedarf es einer weiteren Dezentralisierung der Energieerzeugung und -infrastruktur. Monopolstellungen einzelner (auch staatlicher) Energiekonzerne müssen beendet werden. Das Ziel muss sein, dezentral erzeugte Energie kostengünstig in die Stromnetze einzuspeisen.

Ohne eine grundsätzliche Veränderung des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells – das auf der Idee wirtschaftlichen Wachstums sowie der Ausbeutung von Natur und Mensch basiert, um einen finanziellen Mehrwert für eine kleine wirtschaftliche und politische Elite zu schaffen – bleiben die beschriebenen Veränderungen im Rahmen einer NIEO² Reformen innerhalb der bestehen-

den Verhältnisse. Das inkludiert die fossile Form der Energiegewinnung. Notwendig ist daher eine radikale sozialökologische Transformation, die perspektivisch die ökonomische Systemfrage stellt und koloniale Abhängigkeiten des Globalen Südens überwindet.

Fazit

Trotz der in puncto erneuerbare Energien vorausschauenden Analyse der Brandt-Kommission und ihrer Unterstützung einer Umgestaltung des globalen Wirtschaftssystems bleibt ein Kernelement für die Erreichung der gleichberechtigten Teilhabe von Ländern des Globalen Südens bis heute eine Umgestaltung der Nord-Süd-Beziehungen sowie die Übernahme von Verantwortung für Imperialismus und Kolonialismus, aber auch für den Klimawandel durch Länder des Globalen Nordens. Dazu gehört die Umstellung auf eine umwelt- und klimafreundliche Produktion und Nutzung von Energie. Dies kann durch den Ausbau erneuerbarer Energien, den Technologietransfer in Entwicklungsländer sowie durch die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Anpassung an den Klimawandel und die Dekarbonisierung erreicht werden.

Der Beitrag hat aufgezeigt, dass die globalen und politischen Macht- und Ungleichverhältnisse in den Nord-Süd-Beziehungen seit den Zeiten der NIEO beziehungsweise der Brandt-Kommission fortgeschrieben wurden. Das verdeutlichen vor allem der Energieimperialismus, der grüne Kolonialismus und der erschwerte Zugang des Globalen Südens zu Finanzmitteln für die Klimafolgenbekämpfung. Bei Fragen der Nachhaltigkeit, des Umweltschutzes und der Klimafolgen bestehen nach wie vor Leerstellen. Trotz zum Teil vorausschauenden Denkens in Hinblick auf die Energiefrage wurde versäumt, diese zu behandeln. Daher muss eine NIEO² diese Leerstellen angehen und sich mit Strategien einer sozialökologischen Transformation auseinandersetzen. Die Leerstellen könnten mit einer Veränderung von Wirtschafts- und Entwicklungsmodellen, von Denkweisen über Entwicklung, mit nachhaltiger Energiegewinnung und mit mehr Energiegerechtigkeit gefüllt werden.

Perspektivisch müssen Lösungen für den Nexus von Energie, Klima und Umwelt entwickelt werden, die im Einklang mit den Bedürfnissen und Prioritäten betroffener Länder und ihrer Bevölkerungen liegen. Das stellt sicher, dass diese Lösungen tatsächlich effektiv sind und die Nachhaltigkeitsziele unterstützen. Die Einbeziehung lokaler Akteur:innen in Entscheidungsprozesse

kann dazu beitragen, dass alle relevanten Parteien die Lösungen für akzeptabel halten und diese umgesetzt werden können. Insgesamt bleibt jedoch die Frage offen, ob radikale Reformen im Rahmen einer NIEO² überhaupt innerhalb kapitalistischer Strukturen möglich sind oder ob nicht langfristig ein alternatives Wirtschaftsmodell erforderlich ist, damit die klimapolitischen Herausforderungen gelöst werden können.

Literatur

- Achouche, Nessim/Mokoena, Ndivile (2021): Just Transition. Gerechtigkeit und Fairness stehen auf dem Spiel. 2.11.2021. <https://www.rosalux.de/news/id/45349> (Zugriff am 14.6.2023).
- AFDB – African Development Bank (2022a): About the 2022 annual meeting. Introduction. <https://am.afdb.org/en/about-2022-annual-meetings> (Zugriff am 16.3.2023).
- AFDB – African Development Bank (2022b): African economic outlook 2022. Supporting climate resilience and a just energy transition in Africa. <https://www.afdb.org/en/knowledge/publications/african-economic-outlook> (Zugriff am 16.3.2023).
- Amin, Samir (1975): Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsinformationen des peripheren Kapitalismus. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Banase, Frauke (2019): Compact with Africa: Der deutsche Beitrag zur Investitionsliberalisierung und Finanzialisierung in Afrika. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 49 (194), 79–98.
- Banase, Frauke (2023): Die neue Schuldenkrise. Wie die internationale Entwicklungspolitik den Globalen Süden ruiniert. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 68 (5), 107–113.
- Banya, Nelson (2022): South African coal exports to Europe surge, shipments to Asia decline. In: Reuters.com vom 16.8.2022. <https://www.reuters.com/world/africa/safrican-coal-exports-europe-surge-shipments-asia-decline-2022-08-15/> (Zugriff am 16.3.2023).
- Baumann, Bauke (2021): Grüner Wasserstoff aus Marokko – keine Zauberformel für Europas Klimaneutralität. Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.boell.de/de/2021/01/20/gruener-wasserstoff-aus-marokko-keine-zauberformel-fuer-europas-klimaneutralitaet> (Zugriff am 30.5.2023).

- Bonizzi, Bruno (2013): Financialization in developing and emerging countries – a survey. In: *International Journal of Political Economy*, 42 (4), 83–107.
- Brandt, Willy/Bortfeldt, Barbara (1980): Das Überleben sichern: Der Brandt-Report. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Andresen, Steinar/Driessen, Peter/Haberl, Helmut/Hausknost, Daniel/Helgenberger, Sebastian/Hollaender, Kirsten/Læssøe, Jeppe/Berthür, Sebastian/Omann, Ines/Schneidewind, Uwe (2013): Debating transformation in multiple crises. In: International Social Science Council/United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Hg.), *World Social Science Report 2013. Changing Global Environments*. Paris: OECD Publishing and UNESCO Publishing.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Social-ecological transformation, 6.3.2017. In: *The international encyclopedia of geography*. <https://doi.org/10.1002/9781118786352.wbiego690>.
- Centre for Environmental Rights (2018): The myth of »clean coal«. Why coal can only ever be dirty. https://cer.org.za/wp-content/uploads/2018/11/Myth-of-Clean-Coal-Fact-Sheet_Final_November-2018.pdf (Zugriff am 16.3.2023).
- Chirikure, Nora/Abimbola, Olumide/Chelwa, Grieve (2022): How are the »Big Three« rating agencies impacting African countries? In: Africa Policy Research Institute (APRI), 19.4.2022. <https://afripoli.org/how-are-the-big-three-rating-agencies-impacting-african-countries-54> (Zugriff am 16.3.2023).
- Claar, Simone (2018): The great green illusion: Business as usual for African capitalism. In: *Review of African Political Economy*, 11.12.2018. <http://roape.net/2018/12/11/the-great-green-illusion-business-as-usual-for-african-capitalism/> (Zugriff am 16.3.2023).
- Claar, Simone (2021): Kein Ende des grünen Kolonialismus: Der Europäische Green Deal reproduziert die Abhängigkeiten von Afrika. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 51 (202), 141–148.
- Claar, Simone (2022): Green colonialism in the European Green Deal: Continuities of dependency and the relationship of forces between Europe and Africa. In: *Culture, Practice & Europeanization* 7 (2), 262–274.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (o.J.): 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässllicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern. In: *Ziele für nachhaltige Entwicklung*. <https://sdg-indikatoren.de/7/> (Zugriff am 12.6.2023).

- Dieterich, Johannes (2022): Nach zehn Jahren Bauzeit: Afrikas größter Staudamm birgt Konfliktpotential. In: *Der Tagesspiegel* vom 23.2.2022. <https://www.tagesspiegel.de/politik/afrikas-grosster-staudamm-birgt-konfliktpotential-4312147.html> (Zugriff am 16.3.2023).
- Elsner, Carsten/Müller, Franziska/Neumann, Manuel/Claar, Simone (2021): Finanzialisierung und »de-Risking« in Sambias Energiewende: Perspektiven für Nachhaltige Entwicklung? In: *Peripherie*, 41 (162/163), 275–297.
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2019) 640 final. 11.12.2019. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2019%3A640%3AFIN> (Zugriff am 16.3.2023).
- Foster, John Bellamy (2000): *Marx's ecology. Materialism and nature*. New York: Monthly Review Press.
- Franczak, Michael (2023): Our planet. In: *Progressive International* vom 7.2.2023. <https://progressive.international/blueprint/ob9811fa-5c8f-49a2-a521-c9012408f9e3-franczak-our-planet/en> (Zugriff am 6.4.2023).
- Frank, Andre G. (1968): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Global Energy Justice Workshop Collective (2023): Change the system, not the climate: What is wrong with the Just Energy Transition Partnership (JETP)? February 2023. <https://www.uni-kassel.de/forschung/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=9236&token=601ddee448a37f40c09681fc8294ba74207b6d9d> (Zugriff am 30.5.2023).
- Graaf, Thijs van de/Sovacool, Benjamin K./Ghosh, Arunabha/Kern, Florian/Klare, Michael T. (2016): States, markets, and institutions: Integrating international political economy and global energy politics. In: Graaf, Thijs van de/Sovacool, Benjamin K./Ghosh, Arunabha/Kern, Florian/Klare, Michael T. (Hg.), *The Palgrave handbook of the international political economy of energy*. Basingstoke: Palgrave MacMillan, 3–44.
- Hamouchene, Hamza (2022): Grünen Kolonialismus überwinden. In: *Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Oktober 2022. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/gruenen-kolonialismus-ueberwinden/> (Zugriff am 30.5.2023).
- Harris, Jerry (2013): Can green capitalism build a sustainable society? In: *International Critical Thought*, 3 (4), 468–479.

- Hausermann, Heidi (2018): Ghana must progress, but we are really suffering: Bui Dam, antipolitics development, and the livelihood implications for rural people. In: *Society & Natural Resources*, 31 (6), 633–648.
- Hickel, Jason (2021): What does degrowth mean? A few points of clarification. In: *Globalizations*, 18 (7), 1105–1111.
- IEA – International Energy Agency/IRENA – International Renewable Energy Agency/United Nations Statistics Division/World Bank/WHO – World Health Organization (2022): Tracking SDG 7: The Energy Progress Report. World Bank, Washington DC. <https://www.worldbank.org/en/topic/energy/publication/tracking-sdg-7-the-energy-progress-report-2022> (Zugriff am 16.9.2023).
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2021): Summary for policymakers. In: Masson, Valérie et al. (Hg.), *Climate change 2021: The physical science basis. Contribution of working group I to the sixth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge: Cambridge University Press, 3–32.
- Jenkins, Kirsten E. H. (2019): Energy justice, energy democracy, and sustainability: Normative approaches to the consumer ownership of renewables. In: Lowitzsch, Jens (Hg.), *Energy transition. Financing consumer co-ownership in renewables*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 79–97.
- Kalt, Tobias (2023): Zwischen Konfrontation und Kooperation: Der Transformationskonflikt Arbeit versus Klima in der südafrikanischen Energiewende. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 53 (210), 99–115.
- Kappel, Ropert (2010): Nigeria: die Instabilität wächst. In: *GIGA Focus Afrika*, 2/2010. Hamburg: German Institute for Global and Area Studies. <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nigeria-die-instabilitaet-waechst> (Zugriff am 5.6.2023).
- Katz-Rosene, Ryan/Paterson, Matthew (2018): *Thinking ecologically about the global political economy*. London: Routledge.
- Kuzemko, Caroline/Keating, Michael/Goldthau, Andreas (2018): Nexus-thinking in international political economy: What energy and natural resource scholarship can offer international political economy. In: Goldthau, Andreas/Kuzemko, Caroline/Keating, Michael (Hg.), *Handbook of the international political economy of energy and natural resources*. Northampton: Edward Elgar Publishing, 1–20.
- Kvangraven, Ingrid Harvold/Koddenbrock, Kai/Sylla, Ndongo Samba (2020): Financial subordination and uneven financialization in 21st century Africa. In: *Oxford University Press and Community Development Journal*, 56 (1), 119–140.

- Lenin, Wladimir Iljitsch (o.J. [1917]): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. In: Marxists Internet Archive. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/index.htm> (Zugriff am 16.3.2023).
- LobbyControl (2023): Pipelines in die Politik. Die Macht der Gaslobby in Deutschland. <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/gaslobby-studie-lobbycontrol.pdf> (Zugriff am 14.6.2023)
- Mihatsch, Christian (2022): Klimakonferenz: Neue Wege der Klimafinanzierung. In: *Frankfurter Rundschau* vom 11.11.2022. <https://www.fr.de/politik/klimakonferenz-neue-wege-der-klimafinanzierung-91910360.html> (Zugriff am 16.3.2023).
- Mutize, Misheck/Nkhalamba, McBride Peter (2021): International credit rating agencies in Africa: Perceptions, trends and challenges. In: *International Journal of Sustainable Economy* 13 (1), 55–71.
- Müller, Franziska/Claar, Simone (2021): Just energy transition? South Africa's renewable energy procurement programme and its implications for transition strategies. In: *Review of African Political Economy*, 48 (169), 333–351.
- Müller, Franziska/Claar, Simone/Neumann, Manuel/Elsner, Carsten (2020): Is green a pan-African colour? Mapping renewable energy policies and transitions in 34 countries. In: *Energy Research and Social Science*, 68, 1–9.
- Ncube, Vickson (2023): A new dawn Zambia. In: *African Review of Business and Technology*, April 2023, 20–21. <https://www.africanreview.com/magazine-archives/african-review-april-2023> (Zugriff am 30.5.2023).
- Neumann, Manuel/Claar, Simone (2022): Ghana: Die ausgebremste Energiewende. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 67 (9), 21–25.
- Powell, Jeff (2013): Subordinate financialisation: A study of Mexico and its non-financial corporations. Dissertation. London: University of London. <https://doi.org/10.25501/SOAS.00017844> (Zugriff am 22.9.2023).
- Rahti, Akshat (2020): How »degrowth« pushes climate and well-being over GDP. In: *Bloomberg*, 18.9.2020. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-09-18/how-degrowth-pushes-climate-and-well-being-over-gdp-quicktake#xj4y7vzkg> (Zugriff am 6.4.2023).
- Samper Pizano, Ernesto (2023): Samper: A new international alignment for planetary survival. In: *Progressive International*, 9.2.2023. <https://progressiveinternational.com/blueprint/2d65c21d-7424-4ba2-8d2b-8e76e9576592-samper-a-new-international-alignment-for-planetary-survival/en> (Zugriff am 6.4.2023).

- Schmelzer, Matthias/Vetter Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum. Zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Schwerhoff, Gregor/Sy, Mouhamadou (2017): Financing renewable energy in Africa. Key challenge of the sustainable development goals. In: *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 75, 393–401.
- Tagesschau (2022): Scholz wirbt für gemeinsames Gasprojekt. In: *tagesschau.de* vom 22.5.2022. <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/scholz-besuch-senegal-erdgas-101.html> (Zugriff am 28.4.2023).
- UN – United Nations (1974): Programme of action on the establishment of a New International Economic Order. <https://digitallibrary.un.org/record/218451> (Zugriff am 28.4.2023).
- UN – United Nations (o. J): Ensure access to affordable, reliable, sustainable and modern energy. <https://www.un.org/sustainabledevelopment/energy/> (Zugriff am 14.6.2023).

